Stand: 19.04.2024 13:39:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10286

Inhalt

"Schultrojaner"

Abschuss von Kormoranen am Ammersee

Ansiedlung der Forschungseinrichtung "Solarfabrik der Zukunft"

Ausgleichszulage für landwirtschaftliche Betriebe

B 15 Alteglofsheim Kreisverkehr

Bauvorhaben in Pappenheim

Bayerischer Aktionsplan zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Beteiligung der BayernLB an Spekulationen auf den Rohstoffmärkten

Digitale Funkversorgung bei Gebäuden mit besonderen Sicherheitsanforderungen

Ehrenamtsentschädigung für die Sicherheitswachen

Einrichtung eines Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum

Regensburg

Entschädigungen im Zuge der EHEC-Krise

Härtefallkommission

Internetauftritt "Bayern gegen Linksextremismus"

Internetseite der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Kinderbetreuungseinrichtung im Dienstgebäude der PI 12 in München

Kriterien für die Erstellung eines Raumprogramms beim Bau von Mittelschulen

Neigetechnikzüge im Allgäu

Neuorganisation der Finanzkassen in der Region Oberpfalz

November-Steuerschätzung

Online-Buchungssysteme für Elternsprechtage

Ortsumgehung Sulzbach (Landkreis Miltenberg)

Projekt "Grünes Klassenzimmer" (Gemeinde Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld)

Risikostruktur- oder Konvergenzausgleich

Sachstand für das Projekt "E-Wald"

Spartenförderung im Kulturfonds

Statistik-Faktor von Kindern mit Förderung

Tieffluggebiete und Windkraft

Überflüge über dem Gebiet von Stadt und Landkreis Landshut

Verkauf des Gutes Roggenstein, Technische Universität München

Verwendung eines sog. Schultrojaners

Zulassung von Fahrzeugen nach Antriebsart

Vorgangsverlauf:

1. Antwort der Staatsregierung 16/10286 vom 10.11.2011

Anfragen zum Plenum

vom 7. November 2011

mit den dazu eingegangenen Antworten der Staatsregierung

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Ackermann, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32	Müller, Ulrike (FREIE WÄHLER)	31
Aiwanger, Hubert (FREIE WÄHLER)	20	Mütze, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer, Peter (FREIE WÄHLER)	26	Muthmann, Alexander (FREIE WÄHLER)	14
Dittmar, Sabine (SPD)	27	Naaß, Christa (SPD)	10
Dr. Dürr, Sepp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13	Noichl, Maria (SPD)	3
Dr. Fahn, Hans Jürgen (FREIE WÄHLER)	1	Ritter, Florian (SPD)	4
Felbinger, Günther (FREIE WÄHLER)	2	Schweiger, Tanja (FREIE WÄHLER)	5
Franke, Anne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21	Sonnenholzner, Kathrin (SPD)	19
Gottstein, Eva (FREIE WÄHLER)	8	Sprinkart, Adi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Halbleib, Volkmar (SPD)	16	Stahl, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Hallitzky, Eike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Streibl, Florian (FREIE WÄHLER)	29
Dr. Herz, Leopold (FREIE WÄHLER)	30	Strobl, Reinhold (SPD)	6
Huber, Erwin (CSU)	22	Tausendfreund, Susanna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7
Jung, Claudia (FREIE WÄHLER)	9	Tolle, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Karl, Annette (SPD)	18	Widmann, Jutta (FREIE WÄHLER)	12
König, Alexander (CSU)	23	Wild, Margit (SPD)	15

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Landesregierung

Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern

Dr. Fahn, Hans Jürgen (FREIE WÄHLER)
Ortsumgehung Sulzbach (Landkreis
Miltenberg) 1

Felbinger, Günther (FREIE WÄHLER)
Härtefallkommission 1

Noichl, Maria (SPD)
Digitale Funkversorgung bei Gebäuden
mit besonderen Sicherheitsanforderungen 2

Ritter, Florian (SPD)
Internetauftritt „Bayern gegen Links-
extremismus“ 3

Schweiger, Tanja (FREIE WÄHLER)
B 15 Alteglofsheim 3

Strobl, Reinhold (SPD)
Ehrenamtsentschädigung für die Sicher-
heitswachen 4

Tausendfreund, Susanna (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Kinderbetreuungseinrichtung im Dienst-
gebäude der PI 12 in München 4

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Gottstein, Eva (FREIE WÄHLER)
„Schultrojaner“ 5

Jung, Claudia (FREIE WÄHLER)
Statistikfaktor von Kindern mit Förder-
bedarf 6

Naaß, Christa (SPD)
Kriterien für die Erstellung eines Raum-
programms beim Bau von Mittelschulen 6

Tolle, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verwendung eines sog. Schultrojaners 7

Widmann, Jutta (FREIE WÄHLER)
Online-Buchungssysteme für Eltern-
sprechtage 8

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Dürr, Sepp (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Internetseite der Friedrich-Alexander-
Universität Erlangen-Nürnberg 9

Muthmann, Alexander (FREIE WÄHLER)
Spartenförderung im Kulturfonds 10

Wild, Margit (SPD)
Einrichtung eines Lehrstuhls für Kinder-
und Jugendpsychiatrie am Unversitäts-
klinikum Regensburg 10

Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen

Halbleib, Volkmar (SPD)
November-Steuerschätzung 12

Hallitzky, Eike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beteiligung der BayernLB an Spekulationen
auf den Rohstoffmärkten 12

Karl, Annette (SPD)
Neuorganisation der Finanzkassen in der
Region Oberpfalz 13

Sonnenholzner, Kathrin (SPD)
Verkauf des Gutes Roggenstein 13

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Aiwanger, Hubert (FREIE WÄHLER)
Überflüge über dem Gebiet von Stadt und
Landkreis Landshut 14

Franke, Anne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tieffluggebiete und Windkraft 14

Huber, Erwin (CSU)
Sachstand für das Projekt „E-Wald“ 15

König, Alexander (CSU)
Ansiedlung der Forschungseinrichtung
„Solarfabrik der Zukunft“ 16

Mütze, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zulassung von Fahrzeugen.....17

Sprinkart, Adi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neigetechnik im Allgäu18

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer, Peter (FREIE WÄHLER)
Risikostruktur- oder Konvergenzausgleich.....19

Dittmar, Sabine (SPD)
Projekt „Grünes Klassenzimmer“ (Gemeinde Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld).....19

Stahl, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bauvorhaben in Pappenheim20

Streibl, Florian (FREIE WÄHLER)
Abschuss von Kormoranen am Ammersee20

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Herz, Leopold (FREIE WÄHLER)
Entschädigungen im Zuge der EHEC-Krise 21

Müller, Ulrike (FREIE WÄHLER)
Ausgleichszulage..... 22

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Ackermann, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerischer Aktionsplan zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 23

Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)
Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Planungsstand – auch im Hinblick auf einen möglichen Baubeginn – für die Ortsumgehung Sulzbach (Landkreis Miltenberg) und ist es möglich, dass über den Nachtragshaushalt 2012 entsprechende Mittel für die Umgehungsstraße Sulzbach freigegeben werden, die dann deren Baubeginn konkret beschleunigen bzw. wie hoch sind die zusätzlichen Mittel, die maximal für die Umgehungsstraße Sulzbach bereitgestellt werden können?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Der 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen ist am 11. Oktober 2011 vom Ministerrat beschlossen und rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Ortsumgehung Sulzbach im Zuge der Staatsstraße 2309 ist im 7. Ausbauplan erstmalig enthalten und in die 1. Dringlichkeit eingestuft. Für Projekte, die im 7. Ausbauplan in der 1. Dringlichkeit enthalten sind, ist eine Realisierung bis 2020 vorgesehen.

Die Anmeldung der Ortsumgehung Sulzbach für die Fortschreibung des Ausbauplans erfolgte auf Grundlage einer vom Markt Sulzbach erstellten Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2007. Weitere Planungsschritte sind seitdem nicht erfolgt.

Aufgrund des frühen Planungsstadiums ist derzeit ein Baubeginn für eine Ortsumgehung Sulzbach nicht absehbar. Eine Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Bau der Ortsumgehung Sulzbach im Nachtragshaushalt 2012 ist insofern nicht veranlasst.

2. Abgeordneter
Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)
Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zur Entscheidung liegen der Härtefallkommission im Staatsministerium des Innern derzeit vor und wie lange ist die Wartezeit für Fälle, die durch die Härtefallkommission entschieden werden?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Das Härtefallverfahren ist kein Antragsverfahren (§ 3 Abs. 3 der Härtefallkommissionsverordnung – HFKomV). Vielmehr befasst sich die Härtefallkommission mit einem Fall nur, wenn dieser aus dem Kreis der Kommissionsmitglieder oder durch den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden des Landtags vorgeschlagen wurde (§ 3 Abs. 1 Satz 1 HFKomV).

Derzeit liegen der Geschäftsstelle der Härtefallkommission 67 Befassungsvorschläge vor. Die „Wartezeit“ bis zur Entscheidung durch die Härtefallkommission wird nicht erhoben oder statistisch erfasst. Die Tagesordnung der Sitzungen legt der Vorsitzende fest (§ 3 Abs. 1 Satz 2 HFKomV), wobei in der Regel die Befassung nach der Reihenfolge des Eingangs erfolgt.

3. Abgeordnete **Maria Noichl** (SPD) Da der Standard für den BOS-Digitalfunk-Netzaufbau in Bayern für Gebäude oder Anlagen mit besonderen Sicherheitsanforderungen, bei denen die allgemeine Indoor-Netzversorgung nicht ausreicht, eine eigene digitale Funkversorgung verlangt, frage ich die Staatsregierung, welche Gebäude davon betroffen sein können, wer diese zusätzliche Indoor-Netzversorgung finanzieren muss und ob davon auch private Hausbesitzer betroffen sein können?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Einsätze von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst finden nicht nur im Freien, sondern häufig auch in Gebäuden statt. Gerade hier benötigen Einsatzkräfte eine sichere Funkverbindung, um z.B. den Einsatzleiter über unvorhergesehene Gefahren zu unterrichten oder für einen bewusstlosen Patienten den Notarzt anzufordern. Durch die in Bayern geplante sehr hohe Funkversorgungsgüte im Freifeld ergibt sich auch im Inneren zahlreicher Objekte bereits eine gute Digitalfunkversorgung.

Trotzdem wird je nach Art und Beschaffenheit eines Gebäudes (z.B. Stahlbeton, Metallfassade) die Funkversorgung im Inneren nur zum Teil möglich sein.

Bereits heute sind für den Analogfunk in vielen dieser Gebäude Objektfunkanlagen installiert. Um auch im Digitalfunk eine sichere Kommunikation zu gewährleisten, ist eine Nach- bzw. Umrüstung dieser Anlagen notwendig. Konkrete Aussagen und Planungen sind hier jedoch erst möglich, nachdem Feldstärkemessungen der vorhandenen Freifeldfunkversorgung und der hierdurch bereits erzielten Gebäudefunkversorgung vorliegen. Nach einer Erhebung der Projektgruppe des Staatsministeriums des Innern gibt es gegenwärtig in Bayern ca. 230 Objektfunkanlagen, welche heute bereits für den alten, analogen BOS-Funk genutzt werden. Aufgrund der baulichen Beschaffenheit dieser Objekte ist davon auszugehen, dass ein Teil dieser Anlagen zukünftig auf Digitalfunk umzurüsten ist. Bei diesen Objekten handelt es sich um Fußballstadien, Bahnhöfe, Flughäfen, U- bzw. S-Bahnbereiche, Bahntunnel, Justizvollzugsanstalten, Kliniken und große Industrie-, Einkaufs- oder Bürokomplexe. Häuser von Privatpersonen sind von einer Umrüstung meist nicht betroffen, da sich die betroffenen Objekte in der Regel in öffentlicher Hand befinden oder von Firmen betrieben werden. Die gegebenenfalls notwendige Umrüstung obliegt dabei grundsätzlich dem jeweiligen Objekteigentümer. Die mit der Realisierung der Objektfunkversorgung verbundenen technischen Herausforderungen sind inzwischen weitgehend geklärt. Eine bundesweite Experten-Arbeitsgruppe bearbeitet derzeit betriebliche und juristische Fragen. Die Projektgruppe des Staatsministeriums des Innern ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe und setzt sich für eine zügige Schaffung der Rahmenbedingungen für den Objektfunk ein.

Neben den herkömmlichen Gebäudetypen ist zusätzlich auch die Versorgung von Straßen-, Bahn- und U-Bahn-Tunneln zu betrachten. Um auf diesem Gebiet auch praktische Erfahrung zu sammeln, erfolgt gegenwärtig die Ausrüstung von elf Straßentunneln am Mittleren Ring und Altstadttring in München. Bei diesen Tunneln kommt neben der Notwendigkeit einer guten digitalen Funkversorgung bei Bränden und Unfällen im Tunnel auch der Bedarf hinzu, dass Einsatzfahrzeuge bei der Durchquerung des Tunnels unterbrechungsfrei kommunizieren können.

Als weiteres Pilotprojekt verfolgt die Projektgruppe derzeit auch die Umrüstung des Autobahntunnels Aubing. Dabei besteht neben der technischen Umsetzung auch ein hohes Interesse, zusammen mit der Autobahnverwaltung und dem Bundesverkehrsministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein einheitliches Vorgehen für alle Autobahntunnel in Bayern zu finden.

4. Abgeordneter
Florian Ritter
(SPD)
- Ich frage die Staatsregierung, warum wird auf der Internetseite „Bayern gegen Linksextremismus“ unter dem Button „Wissen“ eine Straftatenstatistik für Gesamtbayern dargestellt, während es auf der Internetseite „Bayern gegen Rechtsextremismus“ noch nicht einmal einen Link zu einer Straftatenstatistik gibt und diese Übersicht nur versteckt, gegliedert nach Regierungsbezirken, zu finden ist?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Die Internetseiten „Bayern gegen Rechtsextremismus,“ und „Bayern gegen Linksextremismus“ berücksichtigen in Aufbau und Inhalt die jeweils unterschiedlichen Erscheinungsformen, Strategien und Entwicklungen in Bayern.

Im Bereich Rechtsextremismus verteilen sich die Aktivitäten der Szene stärker auf die Gesamtfläche Bayerns. Dementsprechend wurden detaillierte regionale Lagebilder inklusive der Straftaten für jeden Regierungsbezirk Bayerns erstellt.

Linksextremistische Aktivitäten konzentrieren sich demgegenüber eher in städtischen Bereichen. Bei der Konzipierung der entsprechenden Internetseite wurde daher einer Gesamtdarstellung des Phänomenbereichs mit einer Gesamtstraftatenstatistik der Vorzug gegeben.

Aus den genannten Internetseiten lassen sich nicht nur die Zahlen für linksextremistische Straf- und Gewalttaten entnehmen, sondern durch Addition der Zahlen der regionalen Lagebilder vielmehr auch die Zahlen der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten in Bayern.

5. Abgeordnete
Tanja Schweiger
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sieht sie, der von der Gemeinde Alteglofsheim gewünschten Errichtung eines Kreisverkehrs auf der B 15 an der Einmündung beim EDEKA-Markt vor dem Hintergrund der stark frequentierten Kreuzung durch den Fernstraßenverkehr einerseits und dem örtlichen Querverkehr andererseits entgegenzukommen und welche alternativen Möglichkeiten zur Gefahrenreduzierung sind vorgesehen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Der gemeindliche Wunsch nach baulichen Veränderungen an der Kreuzung der Bahnhofstraße mit der B 15 bei Alteglofsheim ist der bayerischen Straßenbauverwaltung bekannt. Anlässlich eines tödlichen Unfalls im September 2011 wird aus Teilen der Bevölkerung auch die Errichtung eines Kreisverkehrs gefordert.

Nach dem oben genannten Verkehrsunfall, bei dem eine Autofahrerin beim Queren der Bundesstraße von einem Lkw erfasst und tödlich verletzt wurde, fand vor Ort eine Verkehrsschau mit Vertretern der Polizei, der Verkehrsbehörde und des Staatlichen Bauamtes statt.

Im Rahmen der Verkehrsschau wurde festgestellt, dass die Kreuzung trotz des tragischen Unfalls bisher nicht als Unfallhäufungsstelle in Erscheinung getreten ist und keine Sicherheitsdefizite bestehen. Die Kreuzung ist mit Linksabbiegespuren sowie Trenninseln in den zuführenden Ortsstraßen verkehrsgerecht ausgebaut. Eine signifikante Unfallhäufung durch querende Fahrzeuge liegt nicht vor, so dass größere bauliche Maßnahmen aus derzeitiger Sicht nicht veranlasst sind. Für Fußgänger und Radfahrer steht in unmittelbarer Nähe zum Knotenpunkt eine Unterführung zur Verfügung, Kraftfahrzeuge können die Bundesstraße 15 ca. 200 m südlich der Kreuzung höhenfrei queren. Um die Sichtverhältnisse im Kreuzungsbereich noch weiter zu verbessern, wurde vor Ort festgelegt, sichteinschränkenden Bewuchs zurückzuschneiden.

Vor dem Hintergrund der stark unterschiedlichen Verkehrsstärken der betroffenen Straßenäste an der Kreuzung stellt die explizit angesprochene Errichtung eines Kreisverkehrs auf der mit über 1.000 Lkw/Tag hoch belasteten Bundesstraße unabhängig von der fehlenden Notwendigkeit des Umbaus der Kreuzung keine geeignete Lösung dar.

6. Abgeordneter
Reinhold Strobl
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, gedenkt sie, die Ehrenamtsentschädigung der Sicherheitswachen in Bayern, die seit 15 Jahren bei 7 Euro die Stunde stagniert, in nächster Zukunft anzuheben und wenn ja, in welchem Rahmen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist zwar Kernaufgabe der bayerischen Polizei. Hierbei sind aber die Mitverantwortung, das Engagement und die Hilfe der Bürger unverzichtbar. Es ist uns daher ein Anliegen, die Ausübung dieses Ehrenamts (vgl. Art. 11 SWG – Sicherheitswachengesetz) als außerordentlich positives Beispiel für gelebte Zivilcourage in unserer Gesellschaft zu etablieren.

Die Ausweitung der ehrenamtlichen Tätigkeit hin zu einer „Nebenbeschäftigung“ ist jedoch nicht gewollt. Daher ist nicht beabsichtigt, die Aufwandsentschädigung für die Angehörigen der Sicherheitswacht in nächster Zeit zu erhöhen.

7. Abgeordnete
Susanna Tausendfreund
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen beabsichtigt sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Bereich des Polizeipräsidiums München zu fördern, ist die von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG) – Bezirksverband München – vorgeschlagene Errichtung einer polizeieigenen Kinderbetreuungseinrichtung beim neuen Dienstgebäude der Polizeiinspektion (PI) 12 in der Türkenstraße 20 in München geplant bzw. zumindest geprüft worden, wenn nein, aus welchen Gründen erfolgte dies nicht, obwohl dort nach unserer Kenntnis geeignete Räumlichkeiten in ausreichendem Umfang und mit der Möglichkeit eines eigenen Eingangs vorhanden sind?

Antwort des Staatsministeriums des Innern

Es ist auch für den Freistaat Bayern als Arbeitgeber außerordentlich wichtig, auf Familienbelange einzugehen, um gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berufsleben zu halten bzw. diese zu gewinnen. Vor

dem Hintergrund des demografischen Wandels wird dies in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Die Unterstützung der staatlich Bediensteten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher wichtiger Bestandteil des Personalmanagements. Mit den Kinderbetreuungseinrichtungen, etwa in der Himbselstraße und in der Reitmoorstraße in München, hat der Freistaat gerade in München bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um für staatliche Bedienstete die Kinderbetreuungssituation zu verbessern. Leider bleibt vor allem das Angebot an Kindergartenplätzen in München weit hinter dem landesweiten Durchschnitt anderer Kommunen zurück, wofür allein die Landeshauptstadt München die Verantwortung trägt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Bereitstellung bedarfsgerechter Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu erleichtern, betrifft nicht nur den Polizeibereich in der Landeshauptstadt München, sondern alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Insoweit ist zunächst die Landeshauptstadt München in der Pflicht, ihre originäre Aufgabe des bedarfsgerechten Vorhaltens von Kinderbetreuungseinrichtungen auch gegenüber den Bediensteten des Freistaates Bayern zu erfüllen. Der Freistaat Bayern unterstützt sie hierbei bereits in erheblichem Umfang (z.B. durch staatliche Betriebskostenförderung von Kindertageseinrichtungen).

Die Planungen des Polizeipräsidiums München zur Einrichtung besonderer Kinderbetreuungseinrichtungen werden vom Staatsministerium des Innern unterstützt. Wie schnell sie realisiert werden können, wird im Rahmen der Beratungen über den Nachtragshaushalt 2012 zu entscheiden sein.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

8. Abgeordnete
**Eva
Gottstein**
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, wann wurde zwischen der Kultusministerkonferenz und den Schulbuchverlagen eine neue Vereinbarung (welche Vereinbarung galt diesbezüglich bisher) zur Einführung eines Programms zur Suche nach Raubkopien auf Schulcomputern geschlossen (sog. „Schultrojener“), ab wann soll diese zum Einsatz kommen und wie wird sichergestellt, dass die Software den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland schlossen am 21. Dezember 2010 mit den urheberrechtlichen Verwertungsgesellschaften und den durch den „vds Bildungsmedien“ vertretenen Verlagen den „Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 des Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Urheberrechtsgesetz – (UrhG)“ ab. In § 6 Abs. 4 des Gesamtvertrags vom 21. Dezember 2010 wurde festgelegt, dass die Verlage den „Schulaufwandsträgern sowie den kommunalen und privaten Schulträgern auf eigene Kosten eine Plagiatsoftware zur Verfügung (stellen), mit welcher digitale Kopien von für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werken auf Speichersystemen identifiziert werden können“. Ferner wurde vereinbart, dass die Länder – „die technische und datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit der Software vorausgesetzt“ – darauf hinwirken werden, dass „jährlich mindestens 1 Prozent der öffentlichen Schulen ihre Speichersysteme durch Einsatz dieser Plagiatsoftware auf das Vorhandensein solcher Digitalisate prüfen lässt“.

Dieser Gesamtvertrag ersetzt den zum 31. Dezember 2010 abgelaufenen gleichnamigen Vertrag vom 30. Oktober 2008, der keine dem § 6 Abs. 4 des Gesamtvertrags vom 21. Dezember 2010 entsprechende Regelung beinhaltete. Die Verlage haben einen insoweit vereinbarten Auskunftsanspruch über das Vorhandensein von

Digitalisaten allerdings bei den Verhandlungen im Jahre 2010 zur Voraussetzung für die weitere vertragliche Einräumung der Einwilligung zum Vervielfältigen von für den Unterrichtsgebrauch bestimmten Werken gemacht; eine solche Einwilligung ist nach § 53 Abs. 3 Satz 2 des Urheberrechtsgesetzes erforderlich. Die Länder haben auf den Vorbehalt datenschutzrechtlicher und technischer Unbedenklichkeit bestanden und diesen durchgesetzt.

Über den Zeitpunkt des Einsatzes kann noch keine Aussage getroffen werden. Derzeit wird die entsprechende Software nach den Angaben des „vds Bildungsmedien“ erst noch entwickelt. Bevor das Staatsministerium für Unterricht und Kultus eine Empfehlung an die Schulaufwandsträger zu deren Einsatz herausgeben wird, muss die datenschutzrechtliche ebenso wie die technische Unbedenklichkeit festgestellt werden. Einzelheiten zu dieser Prüfung können erst nach Vorliegen der Software festgelegt werden; in jedem Fall wird allerdings der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz eng in das Prüfverfahren einbezogen. Sollte die Software datenschutzrechtlich bedenklich sein, von ihr Risiken für die Schulrechner ausgehen oder sie Eigenschaften eines so genannten „Trojaners“ aufweisen, wird sich das Staatsministerium gegen deren Einsatz aussprechen.

9. Abgeordnete
Claudia Jung
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, warum haben die Kinder mit Förderung „Sprache“ und „Emotional/Sozial“ einen Statistikfaktor von 1 und die Kinder mit Förderung „Lernen“ nur einen Faktor von 0,67, obwohl sie in ein und derselben Klasse unterrichtet werden, und stellt dies nicht eine Diskriminierung dar?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die in der Anfrage genannten Faktoren keinen Einfluss auf die Unterrichtsversorgung haben. Lediglich die Einstufung der Ämter von Schulleitern und Schulleiterstellvertretern an Förderschulen ist besoldungsrechtlich an eine bestimmte Schülerzahl geknüpft. Bei der Berechnung der für die Einstufung der Ämter in der Schulleitung von Förderschulen maßgebenden Schülerzahl wurden gemäß den Vorbemerkungen zu den Bayerischen Besoldungsordnungen Schüler, die auf der Grundlage des Lehrplans der Schule zur individuellen Lernförderung unterrichtet werden, mit dem Faktor 0,67 berücksichtigt.

Diese Festlegung besteht seit Inkrafttreten des Neuen Dienstrechts nicht mehr in dieser Form. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat sich jedoch dafür entschieden, die bisherige Regelung als Übergangslösung beizubehalten.

Mittel- bis langfristig sind unterschiedliche Faktoren für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in einer Klasse unterrichtet werden, nicht mehr vorgesehen. Aufgrund der neuen Lehrplanentwicklungen (Rahmenlehrplan) und auch im Hinblick auf die veränderten Aufgaben der Förderschulen als Kompetenz- und Beratungszentrum müssen die Maßgaben zur Einstufung der Ämter in den Schulleitungen der Förderschulen neu überprüft werden.

10. Abgeordnete
Christa Naaß
(SPD)
- Nachdem es anscheinend keine Klarheit darüber gibt, an welchen Kriterien man sich bei der Erstellung des Raumprogramms für den Bau einer Mittelschule zu orientieren hat, frage ich die Staatsregierung, ob das Raumprogramm einer Hauptschule oder das Raumprogramm einer Realschule zugrunde zu legen ist, ob es bisher unterschiedliche Handhabungen in den einzelnen Regierungsbezirken gegeben hat, und wenn ja, welche Schulen eine staatliche Bezuschussung aufgrund eines genehmigten Raumprogramms für Hauptschulen bzw. für Realschulen erhalten?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Die Schulbauverordnung gewährt die nötige Flexibilität, um besonderen pädagogischen Erfordernissen vor Ort und einem modernen Unterricht Rechnung zu tragen und damit im Rahmen der im Staatshaushalt ausgebrachten Mittel eine staatliche Förderung von Bauinvestitionen nach dem Finanzausgleichsgesetz zu ermöglichen.

Die Regelungen der Schulbauverordnung für Hauptschulen gelten auch für Mittelschulen (vgl. Art. 6 Abs. 2 Nr. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG).

Die wesentlichen Elemente des Bildungskonzepts der Mittelschule sind nach Art. 7 Abs. 9 BayEUG

- eine starke Berufsorientierung,
- die Stärkung der individuellen Persönlichkeitsentwicklung,
- der verlässliche Zugang zu einem Ganztagsangebot in jedem Verbund,
- Kooperationen mit einer Berufsschule, der regionalen Wirtschaft und der Arbeitsverwaltung, um einen Übergang in die berufliche Ausbildung zu erleichtern,
- verschiedene Abschlussmöglichkeiten auf unterschiedlichen Niveaustufen in jedem Verbund.

Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule führte im Hinblick auf die berufsorientierenden Zweige auch zu Veränderungen der Lerninhalte und der Stundentafel, die aber keinen zusätzlichen Fachraumbedarf in den naturwissenschaftlichen Fächern begründen.

Zuständig für die schulfachliche Genehmigung eines Raumprogramms ist die jeweilige Bezirksregierung.

Die Frage nach einer etwaigen unterschiedlichen Handhabung in den einzelnen Regierungsbezirken und damit ggf. verbundenen Auswirkungen auf eine staatliche Förderung kann ohne eine Erhebung bei den Regierungen nicht beantwortet werden, die in der für die Beantwortung einer Anfrage zum Plenum gesetzten Frist nicht erfolgen kann.

11. Abgeordnete
Simone Tolle
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Nachdem in den vergangenen Tagen Einzelheiten zur künftigen Verwendung eines so genannten Schultrojaners an deutschen Schulen bekannt wurden, mit Hilfe dessen „digitale Kopien von für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werken auf Speichermedien identifiziert werden können“, frage ich die Staatsregierung, ab wann eine solche „Plagiatsoftware“ an bayerischen Schulen eingesetzt werden soll, wie die Staatsregierung die „technische und datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit der Software“ zu gewährleisten plant und ob vor der Unterzeichnung des Vertrages mit den Verwertungsgesellschaften bzw. Verlagen sowie den Nutzerinnen und Nutzern in der Schule die Risiken diskutiert wurden, die eine solche Software für die Integrität von Schulrechnern bedeuten kann?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

In dem von allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit den urheberrechtlichen Verwertungsgesellschaften und den durch den „vds Bildungsmedien“ vertretenen Verlagen abgeschlossenen „Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 des Gesetzes über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Urheberrechtsgesetz – (UrhG)“, dort in § 6 Abs. 4, wurde festgelegt, dass die Verlage den „Schulaufwandsträgern sowie den kommunalen und privaten Schulträgern auf eigene Kosten eine Plagiatsoftware zur Verfügung (stellen), mit welcher digitale Kopien von für den Unterrichtsgebrauch an Schulen

bestimmten Werken auf Speichersystemen identifiziert werden können“. Ferner wurde vereinbart, dass die Länder – „die technische und datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit der Software vorausgesetzt“ – darauf hinwirken werden, dass „jährlich mindestens 1 Prozent der öffentlichen Schulen ihre Speichersysteme durch Einsatz dieser Plagiatsoftware auf das Vorhandensein solcher Digitalisate prüfen lässt“.

Die Verlage haben einen insoweit vereinbarten Auskunftsanspruch über das Vorhandensein von Digitalisaten zur Voraussetzung für die vertragliche Einräumung der Einwilligung zum Vervielfältigen von für den Unterrichtsgebrauch bestimmten Werken gemacht; eine solche Einwilligung ist nach § 53 Abs. 3 Satz 2 des Urheberrechtsgesetzes erforderlich. Die Länder haben auf den Vorbehalt datenschutzrechtlicher und technischer Unbedenklichkeit bestanden und diesen durchgesetzt.

Über den Zeitpunkt des Einsatzes kann noch keine Aussage getroffen werden. Derzeit wird die entsprechende Software nach den Angaben des „vds Bildungsmedien“ erst noch entwickelt. Bevor das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) eine Empfehlung an die Schulaufwandsträger zu deren Einsatz herausgeben wird, muss die datenschutzrechtliche ebenso wie die technische Unbedenklichkeit festgestellt werden. Einzelheiten zu dieser Prüfung können erst nach Vorliegen der Software festgelegt werden; in jedem Fall wird allerdings der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz eng in das Prüfverfahren einbezogen. Sollte die Software datenschutzrechtlich bedenklich sein, von ihr Risiken für die Schulrechner ausgehen oder sie Eigenschaften eines so genannten Trojaners aufweisen, wird sich das StMUK gegen deren Einsatz aussprechen.

12. Abgeordnete **Jutta Widmann** (FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, warum werden Online-Buchungssysteme für Elternsprechtage an Schulen von der Staatsregierung abgelehnt und ist der Staatsregierung bekannt, welche Einschätzung bezüglich des Datenschutzes hierzu der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz hat?

Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Es trifft nicht zu, dass Online-Buchungssysteme für Elternsprechtage an Schulen von der Staatsregierung grundsätzlich abgelehnt werden. Bei deren Einsatz sind allerdings die einschlägigen Rechtsvorschriften zu beachten. Je nach Ausgestaltung des Verfahrens können grundsätzliche datenschutzrechtliche Bedenken gegen dessen Anwendung sprechen. Das ist z.B. der Fall, wenn über einen Link auf der Webseite der Schule für jedermann (weltweit) offen einsehbar ist, betreffend welche Schülerin bzw. welchen Schüler sich die Erziehungsberechtigten bei welcher Lehrkraft angemeldet haben. Diese Information ist jedoch nur für einen kleinen Kreis von Adressaten von Interesse – eine weltweite Streuung der Information ist aus Datenschutzsicht nicht erforderlich. Unabhängig davon handelt es sich bei den Buchungsdaten um Informationen, die genaue Auskunft über den Aufenthalt der Erziehungsberechtigten und Zeiten der Abwesenheit von ihrer Wohnung geben, die in falschen Händen keineswegs harmlos sind.

Bei Einrichtung eines Online-Buchungssystems für Elternsprechtage mit personenbezogenen Daten in einem passwortgeschützten Bereich der Schulhomepage bestehen die o.g. grundsätzlichen datenschutzrechtlichen Bedenken zwar nicht, es ist aber zu beachten, dass entsprechend den Vorgaben des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) eine datenschutzrechtliche Freigabe des Verfahrens und die Aufnahme des Verfahrens in das Verfahrensverzeichnis der Schule durch den örtlich zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten erforderlich sind (vgl. Art. 26 und 27 BayDSG). Je nachdem, wem der passwortgeschützte Bereich zur Einsicht offen steht, sind ggf. auch Einwilligungen der Betroffenen einzuholen (Art. 15 BayDSG). Im Übrigen müssen bei Einrichtung eines passwortgeschützten Bereichs an der Schule die technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, um den Datenschutz zu gewährleisten (vgl. Art. 7 BayDSG) – z.B. Übertragung der personenbezogenen Daten nur mit geeigneter Verschlüsselung, ausreichender Passwortschutz. Bei Speicherung personenbezogener Daten auf einem schulexternen Server ist eine Auftragsdatenverarbeitungs-

vereinbarung gemäß Art. 6 BayDSG abzuschließen. Soweit eine der genannten Bedingungen an staatlichen Schulen nicht erfüllt wird, kann das Staatsministerium für Unterricht und Kultus den Einsatz des Verfahrens aus Rechtsgründen nicht billigen.

Zur Haltung des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz wird auf dessen 24. Tätigkeitsbericht – dort Abschnitt 10.2.4 – verwiesen, der auf der Homepage des Landesbeauftragten für den Datenschutz abgerufen werden kann (<http://www.datenschutz-bayern.de/>).

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

13. Abgeordneter
**Dr. Sepp
Dürr**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob Berichte zutreffen, dass auf der Internetseite der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg unter der Rubrik „Von Studierenden für Studierende“ auf Studentische Organisationen und Initiativen hingewiesen wird, darunter auch auf die Erlanger Burschenschaft Frankonia, die seit Jahren wegen ihrer Nähe zu rechtsextremen Organisationen in der Kritik steht, in der Vergangenheit deshalb unter Beobachtung der Verfassungsschutzbehörden stand und bis heute direkte Verbindungen in die rechtsextreme und Neonazi-Szene unterhält, wobei personelle Überschneidungen z.B. mit dem „Freien Netz Süd“, einem bayernweiten Zusammenschluss von Neonazi-Kameradschaften, belegt sind, ob es zutrifft, dass mehrere Organisationen sowie die Grüne Liste Erlangen, u.a. in einem Stadtratsantrag, bisher vergeblich von der Universitätsleitung verlangt haben, die Verlinkung zu löschen und die Frankonia aus der Liste der Studentischen Organisationen auf der Internetseite der Universität zu streichen, und was die Staatsregierung unternehmen will, um die Universität Erlangen-Nürnberg an ihre Pflicht zu erinnern, Anmutungen von Nähe zu Organisationen mit rechtsextremem Hintergrund entgegenzutreten und deshalb umgehend den Hinweis auf die Frankonia von der Internetseite der Uni Erlangen zu streichen?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK) ist die erwähnte Seite im Internetauftritt der Universität Erlangen-Nürnberg ebenso bekannt wie die Kritik, die sich gegen die erwähnte Burschenschaft richtet. Dem StMWFK ist ferner bekannt, dass sich der Stadtrat der Stadt Erlangen unlängst mit der Problematik befasst hat.

Ebenso ist dem StMWFK bekannt, dass die Universität die Angelegenheit bereits im Frühjahr dieses Jahres selbst überprüft hat. Einer Organisation von Studierenden, die eine Entfernung derartiger Links gefordert hatte, hat sie hierzu mitgeteilt, dass die Universität in ihren Internetauftritt auf Antrag Links zu den Seiten studentischer Gruppen aufnehme und dass dabei geprüft werde, ob die Internetauftritte dieser Gruppen ersichtlich rechtswidrige Inhalte enthielten, die einer Verlinkung entgegenstehen würden. In diesem Rahmen könne allerdings nicht auch geprüft werden, ob diese Gruppen oder einzelne ihrer Mitglieder möglicherweise an rechtswidrigen Aktivitäten außerhalb ihres Webauftritts beteiligt seien. In diesem Zusammenhang hat die Hochschule überdies betont, dass eine Universität weder eine Zensur- noch eine Überwachungsbehörde sei und dass sie deshalb der pauschalen Forderung, bestimmte Vereinigungen auf ihren Webseiten nicht mehr zu verlinken, nicht nachkommen werde. Sofern der Universität hingegen konkrete Hinweise auf rechtswidrige

Inhalte einzelner verlinkter Seiten zur Kenntnis gelangten, werde sie im Einzelfall reagieren und den Link gegebenenfalls entfernen. Dies gelte für alle studentischen Vereinigungen.

Diese Haltung der Universität ist rechtmäßig. Das Ministerium sieht daher keinen Raum für rechtsaufsichtliche Maßnahmen.

14. Abgeordneter
Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Kulturprojekte mehrere Sparten der Kultur bedienen und hierfür auch eine spartenübergreifende Förderung im Rahmen des Kulturfonds möglich ist, welche Notwendigkeit besteht, im Rahmen der Kulturfonds-Förderung überhaupt eine Aufteilung in verschiedene voneinander getrennte Sparten vorzunehmen, welche Auswirkungen diese Trennung auf Projekte in dünn besiedelten Regionen Bayerns hat, in denen es möglicherweise schwerer sein dürfte, spartenspezifische Vereinigungen und Projekte zu organisieren, und welche Ansicht sie zu der Überlegung vertritt, die Förderung durch den Kulturfonds grundsätzlich von der klaren Zuordnung zu einer der Sparten zu lösen?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die Aufteilung der Kulturfonds-Förderung in bestimmte Förderbereiche erfolgte in Anlehnung an die traditionellen Kunstsparten. In den unterschiedlichen Förderbereichen ergeben sich notwendigerweise auch unterschiedliche Anforderungsprofile und Fördervoraussetzungen. So werden z.B. im Bereich der Denkmalpflege keine Veranstaltungen und beim internationalen Ideenaustausch keine Investitionen gefördert.

Überdies erleichtert es die klare Abgrenzung den Projektverantwortlichen, ihr konkretes Vorhaben im Hinblick auf eine mögliche Förderung durch den Kulturfonds Bayern selbst besser einordnen zu können. Die unterschiedlichen Sparten gewährleisten schließlich eine zielgerichtete und objektive Bewertung des Antrages durch die jeweiligen Gutachter und schließlich das jeweils verantwortliche Referat im Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Negative Auswirkungen dieser Trennung auf Projekte in dünn besiedelten Regionen Bayerns werden nicht gesehen. Die Befürchtung, dass es dort möglicherweise schwerer sein dürfte, spartenspezifische Vereinigungen und Projekte zu organisieren, teilen wir nicht. Gerade im ländlichen Raum dürfte es im Gegenteil sehr viel leichter sein, ein Projekt auf die Beine zu stellen, das sich auf einen bestimmten kulturellen Bereich beschränkt, wie beispielsweise eine konkrete Theateraufführung oder eine bestimmte Ausstellung usw.. Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Kulturfonds-Förderung belegen dies. Spartenübergreifende Veranstaltungen und Projekte lassen sich erfahrungsgemäß überwiegend in größeren Städten realisieren.

Die Aufteilung hat sich aus unserer Sicht bewährt. Es ist daher derzeit nicht beabsichtigt, die Förderung durch den Kulturfonds grundsätzlich von einer Zuordnung zu einem bestimmten Förderbereich zu lösen. Im Übrigen besteht derzeit schon die Möglichkeit der Förderung spartenübergreifender Projekte im Förderbereich „Sonstige kulturelle Veranstaltungen und Projekte“. In den zurückliegenden Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass gerade für diesen Förderbereich nur wenige Anträge vorgelegt wurden.

15. Abgeordnete
Margit Wild
(SPD)
- Seit längerem wird die Einrichtung eines Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Regensburg diskutiert, deshalb frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand dieser Entwicklung ist, ob es diesbezüglich Kooperationen mit dem Bezirksklinikum Oberpfalz in Regensburg gibt und welche weiteren Schritte erforderlich sind, um einen Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie einzurichten?

Antwort des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die medizinische Versorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird durch die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz GmbH mit Ambulanz, Tagesklinik und Stationen am Bezirksklinikum Regensburg sowie deren Zweigstellen in Cham und Weiden mit ambulanter und tagesklinischer Versorgung sichergestellt. Aufgrund des Ruhestandseintritts des dortigen Ärztlichen Direktors zum Herbst 2011 hat der Bezirk Oberpfalz im Frühjahr 2011 den Gedanken aufgebracht, die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Gestalt eines universitären Kooperationslehrstuhls bzw. in universitärer Anbindung an das Universitätsklinikum Regensburg weiterzuführen.

Die Argumente für die Einrichtung einer solchen Professur, welche die Kinder- und Jugendpsychiatrie zusätzlich zur vorhandenen Krankenversorgung durch die Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz GmbH in Forschung und Lehre vertritt, sind nachvollziehbar. Ihre wissenschaftliche Ausrichtung müsste sich in die Forschungslandschaft am Standort Regensburg in Abstimmung mit der bayernweiten Situation einpassen lassen.

Das Problem bestand seit jeher und besteht immer noch in der sehr engen Finanzausstattung der noch in der Aufbauphase befindlichen Regensburger Medizin. Die Medizinische Fakultät bemüht sich, die für die Ausbildung der Studierenden zwingend erforderlichen Gebiete der Medizin auszubauen und ihre vorhandenen Kompetenzen durch Schwerpunktbildungen zu bündeln. Die Schwerpunktbildung in Regensburg liegt auf den Gebieten Immunpathologie und -therapie, Integrierte Funktionelle Genomik sowie Transplantationsmedizin. Zur Stärkung und Absicherung dieser Schwerpunkte hat die Medizinische Fakultät in ihrem aktuellen Strukturplan die strategischen Maßnahmen festgelegt, denen in den kommenden Jahren ein hoher Stellenwert zukommen wird:

- gezielte Ausrichtung bei der Wiederbesetzung elementarer Lehrstühle,
- Neubesetzung eines Lehrstuhls für Pharmakologie und Toxikologie,
- Neubesetzung eines Lehrstuhls für Statistische Bioinformatik,
- Einrichtung einer Abteilung für Pädiatrische Hämatologie und Onkologie,
- Einrichtung einer Abteilung für Neuropathologie,
- Sicherung des BayGene-Clusters über die Anschubfinanzierung hinaus,
- Gewinnung eines außeruniversitären Forschungsinstituts am Standort (Leibniz-Institut).

Angesichts dieser Aufgaben ist es verständlich, wenn die Universität Regensburg mit ihrer Medizinischen Fakultät und das Universitätsklinikum Regensburg der Einrichtung einer neuen Professur für Kinder- und Jugendpsychiatrie zum jetzigen Zeitpunkt nicht höchste Priorität einräumen kann. Erst wenn vor Ort das „Pflichtprogramm“ absolviert sein wird, kann man sich Gedanken über die Einrichtung solcher wünschenswerter, aber nicht zwingend erforderlicher Lehrstühle machen. Eine Verzettelung im Vorfeld wäre weder der Ausbildung der Studierenden noch der Profilbildung der Medizinischen Fakultät zuträglich. Aus diesen Gründen ist eine kurz- bis mittelfristige Realisierung eines neuen Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie neben dem bisherigen Strukturkonzept der Medizinischen Fakultät nicht erreichbar.

Die Medizinische Fakultät der Universität Regensburg, das Universitätsklinikum Regensburg und der Bezirk Oberpfalz befinden sich in enger Abstimmung mit meinem Haus derzeit in Gesprächen, um auf Grundlage eines derzeit erarbeiteten Konzepts der Medizinischen Fakultät auszuloten, welche Kooperationsmöglichkeiten daneben bestehen, die sich gegebenenfalls auch zügiger realisieren lassen. Die Ausgestaltung einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung wird für die Entscheidung über zusätzliche Mittel durchaus von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang erscheint wichtig, dass das Zusammenwirken von Universität und Universitätsklinikum Regensburg mit dem Krankenhaus des Bezirks vom gesteigerten gegenseitigen Nutzen getragen ist.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Volkmar Halbleib
(SPD)
- Da vom 2. bis 4. November 2011 der Arbeitskreis Steuerschätzung in Halle (Saale) seine 139. Sitzung absolvierte und die Ergebnisse vorliegen, frage ich die Staatsregierung, wie sieht das regionalisierte Ergebnis der Steuerschätzung für Bayern aus, welche konkreten Auswirkungen ergeben sich daraus für den Vollzug des Haushalts 2011 und welche veränderten Rahmendaten liegen aufgrund der November-Steuerschätzung für den Nachtragshaushalt 2012 vor?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen

Über das Ergebnis der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2011 in Halle (Saale) und die Auswirkungen auf den Freistaat Bayern wurde der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags bereits mit Schreiben des Staatsministers der Finanzen vom 8. November 2011 (Gz: 11/17-FV 4015-001-40543/11) an den Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß Art. 10 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) unterrichtet.

17. Abgeordneter
Eike Hallitzky
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Nachdem Spekulationen auf den Rohstoffmärkten zu erheblichen Schwankungen bei den Lebensmittelpreisen führen und die Preisaufschläge an den Rohstoffmärkten verschärfen, frage ich die Staatsregierung, ob die BayernLB Rohstoff-Indizes-Anleihen emittiert, die Agrarrohstoffe und Viehwirtschaft beinhalten, welchen Anteil landwirtschaftliche Rohstoffe daran haben, und wie die Staatsregierung angesichts der abnehmenden Verfügbarkeit und steigender Preise von Rohstoffen die Spekulation mit Lebensmitteln beurteilt?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen

Die BayernLB hat mitgeteilt, dass sie keine Produkte auf Agrar-Rohstoff-Indizes vertreibt oder emittiert.

Davon zu unterscheiden ist die Geschäftstätigkeit im Segment der Rohstoffabsicherung, die die BayernLB im Interesse ihrer Kunden in den Geschäftsfeldern Mittelstand, Corporates und Sparkassen anbietet. Im Bereich der landwirtschaftlichen Rohstoffe werden von der BayernLB nur Absicherungsprodukte für die Landwirtschaft angeboten.

Das Handeln der Kreditwirtschaft sollte ausgerichtet sein an den Bedürfnissen der Realwirtschaft und ethischen Grundwerten der Gesellschaft nicht widersprechen. Von daher lehnt die Staatsregierung rein spekulative Geschäfte, die zu einer Verteuerung von Lebensmitteln führen, grundsätzlich ab.

18. Abgeordnete
**Annette
Karl**
(SPD)
- Vor dem Hintergrund der anstehenden Neuorganisation der Finanzkassen in Bayern frage ich die Staatsregierung, wie ist der Stand der geplanten Zentralisierung der Finanzkassen in der Oberpfalz, wie ist die Zukunft der Finanzkasse in Weiden in der Oberpfalz und welche Auswirkungen wird es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzkasse Weiden geben?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen

Derzeit verfügt jedes Finanzamt über eine eigene Kasse. Die Finanzkassen sind allerdings teilweise so klein, dass eine effektive Aufgabenerledigung kaum mehr möglich ist. Nur drei der 79 Finanzkassen sind groß genug, dass mit deren Führung ein Kassenleiter oder eine Kassenleiterin ausgelastet ist.

Das Bayerische Landesamt für Steuern wurde deshalb beauftragt, die Möglichkeiten einer stärkeren Zentralisierung von Finanzkassen zu prüfen. Ein Konzept für eine Neustrukturierung liegt seit geraumer Zeit vor; es sieht vor, die Finanzkassen an 19 Standorten zu zentralisieren.

Eine abschließende Entscheidung über das Konzept erfolgte bisher nicht, weil in die weitere Prüfung auch die Pläne des Bundes zur Neustrukturierung der Bundeswehrstandorte einbezogen werden sollten. Aufgrund der am 26. Oktober 2011 bekannt gegebenen Eckpunkte der Bundeswehrreform wird das Standortkonzept derzeit nochmals überarbeitet.

Aktuelle Aussagen zur Zentralisierung der Finanzkassen können daher nur schrittweise getroffen werden, sofern sie der Endredaktion des Standortkonzepts vorausgehen sollen. Für den Regierungsbezirk Oberpfalz ist die Überarbeitung in einem sehr frühen Stadium, so dass auch zur Finanzkasse in Weiden derzeit noch keine Aussagen möglich sind.

19. Abgeordnete
**Kathrin
Sonnenholzner**
(SPD)
- Ich frage die Staatsregierung, gibt es konkrete Interessenten für den Erwerb des Gutes Roggenstein, wenn ja, wie viele und für welche zukünftige Nutzung?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen

An den Flächen des Versuchsguts Roggenstein der Technischen Universität München besteht aktuell Bedarf vonseiten der Wissenschaftsverwaltung. Eine Abgabe von Flächen ist daher aufgrund des daran bestehenden Staatsbedarfs derzeit nicht möglich.

An die Liegenschaftsverwaltung sind Interessenten für einen Erwerb von Teilflächen des Versuchsguts herangetreten. Neben einzelnen Landwirten, die kleinere Flächen des Versuchsguts als landwirtschaftliche Flächen für ihren Betrieb zuerwerben wollten, waren dies insbesondere die Flughafen München GmbH und die Stadt Augsburg, die größere Flächen des Versuchsguts für eine landwirtschaftliche Nachnutzung als Ersatzflächen im Zusammenhang mit der Absiedlung von Landwirten benötigen.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

20. Abgeordneter
**Hubert
Aiwanger**
(FREIE WÄH-
LER)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Überflüge in Richtung vom und aus Richtung Flughafen München finden derzeit jährlich über dem Gebiet von Stadt und Landkreis Landshut statt (aufgeteilt nach Starts und Landungen; nördlicher und südlicher Landkreis, Stadt Landshut), in welcher Flughöhe finden diese Überflüge über Stadtgebiet und nördlichem und südlichem Landkreis Landshut statt, und wie beurteilt die Staatsregierung die Aussagen von Bürgern aus Stadt und Landkreis Landshut, die eine Zunahme der als störend empfundenen Überflüge registrieren?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Die Flugsicherung ist eine hoheitliche Aufgabe, die der Bund der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH übertragen hat. Die DFS ist ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen, an dem der Bund zu 100 Prozent beteiligt ist. Der Freistaat Bayern verfügt über keine hoheitlichen Kompetenzen im Bereich der Flugsicherung und hält deshalb auch kein statistisches Datenmaterial über die hier nachgefragten Informationen vor. Insofern ist auch eine Aussage der Staatsregierung zu dem letzten Teil der Anfrage – jedenfalls derzeit – nicht möglich.

Auf Nachfrage teilt die DFS mit, dass ihr eine Beantwortung innerhalb der Beantwortungsfrist der Anfrage zum Plenum nicht möglich ist, da die Anfrage einen erheblichen Rechercheaufwand verursachen würde. Auch eine überschlägige Abschätzung ist der DFS in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Die DFS wäre jedoch bereit, etwa auf der Basis einer Schriftlichen Anfrage das erforderliche Datenmaterial zusammenzustellen, sofern ihr hierzu ein angemessener zeitlicher Rahmen zugestanden wird und die Daten verfügbar sind. Für diesen Fall regt die DFS eine Konkretisierung der Fragestellung in Bezug auf die Gebietsabgrenzung, die zu betrachtenden Zeiträume und die Art der Überflüge an.

21. Abgeordnete
**Anne
Franke**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)
- Ich frage die Staatsregierung, in welchen Gebieten in Bayern, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Regierungsbezirken und Landkreisen und erläutert anhand von Karten, stehen Flugkorridore der zivilen Luftfahrt nach Kenntnis der Staatsregierung der Errichtung von Windkraftanlagen entgegen?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Der Ausbau der Windenergienutzung ist ein wichtiger Baustein im Bayerischen Energiekonzept. In Gefahrenbereichen, insbesondere im Bereich der An- und Abflüge an Flugplätzen (u.a. Flughäfen, Landeplätze, Segelfluggelände) können Sicherheitsinteressen jedoch der Errichtung von Windkraftanlagen entgegenstehen.

Eine Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken und Landkreisen bezüglich der Zulässigkeit der Errichtung von Windkraftanlagen liegt der Staatsregierung weder in textlicher noch in kartografischer Form vor. Eine entsprechende Darstellung in Form einer „Ja- bzw. Nein-Darstellung nach luftrechtlichen Kriterien“ ist aufgrund der komplexen luftrechtlichen Vorschriftenlage nicht möglich. Alle zivilen Flugplätze, die für Instru-

menten- und Sichtflugbetrieb zugelassen sind, sind im Luftfahrthandbuch der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH veröffentlicht.

Das Luftrecht ist Bundesrecht, das von den Landesluftfahrtbehörden im Auftrag des Bundes vollzogen wird. Die luftrechtliche Zulässigkeit von Windkraftanlagen in der Umgebung von zivilen Flugplätzen bedarf einer Einzelfallprüfung durch die jeweils zuständige Luftfahrtbehörde, die zeitnah und unkompliziert erfolgt. Bei der Prüfung werden u. a. die Beschränkungen, die sich aus dem Luftrecht (z.B. Errichtungsverbot für störende Bauwerke nach § 18a des Luftverkehrsgesetzes – LuftVG), der luftrechtlichen Genehmigung des Flugplatzes (z.B. Bauschutzbereich nach LuftVG), aus den Festlegungen des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung (BAF) über die An- und Abflugrouten sowie dem allgemeinen Gebot der Rücksichtnahme (z.B. Störung des Platzrundenverkehrs) ergeben, berücksichtigt.

Zivile Tiefflugkorridore existieren in Deutschland nicht. Die bestehenden militärischen Tieffluggebiete werden durch die militärischen Dienststellen festgelegt. Hierauf hat die Staatsregierung keinen Einfluss.

22. Abgeordneter **Erwin Huber** (CSU) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand des Innovationsprojekts für Elektromobilität E-Wald in sechs Bayerwaldlandkreisen, wie viel Fördermittel stehen dafür zur Verfügung und wie ist der weitere zeitliche Ablauf des Projekts?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Die Staatsregierung hat im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2010 mit Bad Neustadt a.d. Saale, Garmisch-Partenkirchen und dem E-Wald-Projekt im Bayerischen Wald drei Modellstädte bzw. -regionen für Elektromobilität in Bayern benannt. Im Hinblick auf alle Modellinitiativen wurde dabei festgehalten, dass die vorliegenden Konzepte in Bezug auf die förder- und beihilferechtlichen Anforderungen hin zu überarbeiten sind. Der Ministerrat hat für keine der Modellinitiativen eine konkrete oder pauschale Finanzzusage getroffen.

Der Ministerrat hat im Dezember 2010 beschlossen, für alle drei Modellinitiativen und das Vorzeigeprojekt „Elektromobilität verbindet Bayern“ (EvB) im Rahmen der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ insgesamt 30 Mio. Euro zur Verfügung stellen zu wollen. Dem hat der Landtag am 7. April 2011 zugestimmt. Es liegen noch von keiner Modellinitiative bzw. von EvB förderfähige Konzepte für die gesamte Förderphase vor. Wenn dies der Fall ist, muss im Lichte aller vorliegenden Konzepte (Modellinitiativen und EvB) entschieden werden, in welcher Höhe die einzelnen Vorhaben gefördert werden können.

Zum Stand des Modellprojekts E-Wald:

- Zum 6. Juni 2011 wurde der vorzeitige Maßnahmenbeginn für die Phase 1 des Hauptprojekts an der Hochschule Deggendorf bewilligt (Laufzeit bis Anfang 2012, Volumen ca. 1,35 Mio. Euro). Der Antrag bedarf aber zu einigen Positionen im Kostenplan noch einer Konkretisierung, da diese nur pauschal angesetzt sind. Nach erfolgter Nachbesserung kann der Zuwendungsbescheid erlassen werden.
- Der Start des Teilprojekts MINI-E erfolgte zum 1. Oktober 2011 (Laufzeit bis Mitte 2013, Volumen ca. 3,0 Mio. Euro). Lediglich das Leasing-Konzept von BMW muss noch zwischen den Partnern abgestimmt werden. Der Zuwendungsbescheid kann nach Ausräumung dieses Punkts erlassen werden.
- Zum 1. Januar 2012 ist von E-Wald der Beginn der Phase II des Hauptprojekts geplant. Bisher liegt außer einem nicht den förder- und beihilferechtlichen Anforderungen genügenden Grobkonzept kein ausgearbeiteter Antrag vor. Zuletzt wurde am 14. Oktober 2011 zwischen Hochschule Deggendorf, Projektträger Jülich und Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie das weitere Vorgehen abgestimmt. Die Hochschule Deggendorf wurde in diesem Zusammenhang ausführlich über die bei-

hilferechtlichen Rahmenbedingungen beraten und es wurden Lösungswege aufgezeigt. Es liegt nun an den Projektverantwortlichen, einen den förder- und beihilferechtlichen Vorgaben genügenden Antrag zu entwickeln.

Zum weiteren Fortgang:

- Hinsichtlich der Phase 1 des Hauptprojekts sowie des MINI-E-Teilprojekts wird davon ausgegangen, dass die Nachbesserungen durch die Antragsteller in Kürze vorgenommen werden und die Zuwendungsbescheide dann erlassen werden können.
- E-Wald muss im Hinblick auf Phase 2 endlich auf die Fördervoraussetzungen eingehen und einen förderfähigen Antrag vorlegen.
- Wenn ein solcher förderfähiger Antrag vorliegt, wird geprüft, in welchem Umfang Phase 2 gefördert werden kann.
- Falls entsprechende förderfähige Anträge für ein Konzept mit einer Gesamtfördersumme von über 10 Mio. Euro vorgelegt werden sollten, muss im Lichte der dann vorliegenden Anträge und der förderfähigen Kosten aller Modellvorhaben (einschl. EvB) entschieden werden, in welcher Höhe die einzelnen Modellvorhaben gefördert werden können. Dies dürfte vermutlich erst zum Ende des 1. Quartals 2012 erfolgen, wenn die bayerische Schaufensterbewerbung von EvB abgegeben ist und auch die anderen Modellstädte entsprechende Gesamtkonzepte entwickelt haben.

23. Abgeordneter
Alexander König
(CSU)
- Ich frage die Staatsregierung, wird sie, wie von Ministerpräsident Horst Seehofer in der Regierungserklärung vom 25. Januar 2011 angekündigt, die Forschungseinrichtung „Solarfabrik der Zukunft“ in Oberfranken zum Beispiel im Umfeld der Hochschulen in Hof oder Bayreuth bauen, oder beabsichtigt die Staatsregierung entgegen dem Wort des Ministerpräsidenten die Ansiedlung dieser zukunftsorientierten angewandten Forschungseinrichtung im Ballungszentrum Nürnberg?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Zu keinem Zeitpunkt war mit dem Antrag des Bayerischen Zentrums für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE Erlangen) an das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit dem Titel „Solarfabrik der Zukunft“ beabsichtigt, irgendwo in Bayern eine neue Forschungseinrichtung oder Fabrik zu errichten. Insofern war der Titel des Vorhabens missverständlich.

Der Projektvorschlag „Solarfabrik der Zukunft“ aus dem Programm „Aufbruch Bayern“ wurde als eine Erweiterung für die Aktivitäten des Energie Campus (EnCN) beantragt.

Er umfasste

- zum einen den ergänzenden Ausbau einer im EnCN bereits angelegten Versuchsanlage für den Rolle-zu-Rolle-Druck von organischen Photovoltaik-Elementen (ca. 3 Mio. Euro) und
- zum anderen den Modellversuch Smart Grid City (ca. 4 Mio. Euro). Insbesondere der erste Teil ist ein unzertrennliches Add-On zum EnCN-Projekt „Solarfabrik der Zukunft“ (Arbeitstitel Photovoltaik) von Prof. Brabec, ZAE Erlangen, das zusammen mit den Fraunhofer-Instituten (IIS und IISB) die Federführung bei Solarfabrik/Smart Grid City hat.

Nachdem die ursprünglich in Erlangen geplante Erweiterung der Photovoltaik-Versuchsanlage wegen der Festlegung der Mittel für Nordostoberfranken nicht realisiert werden kann, wurde die Verwendung der bereitgestellten Mittel auf den Modellversuch Smart Grid City fokussiert.

Bei dem Modellversuch Smart Grid City handelt es sich um ein sehr anspruchsvolles Forschungsvorhaben, das bis dato in diesem Rahmen noch nicht durchgeführt wurde. Ziel des Vorhabens: Entwicklung von Methoden und Technologien zur Erhöhung des Anteils an Photovoltaikstrom im bayerischen Strommix sowie in der Grundlastversorgung. Die Gesamtprojektkosten werden derzeit auf rund 10 Mio. Euro geschätzt, davon sollen 7 Mio. Euro durch die staatliche Förderung und 3 Mio. Euro durch Drittmittel aus Kooperationen mit der Industrie vor Ort erbracht werden. Die Projektlaufzeit ist zunächst auf fünf Jahre begrenzt.

Mittlerweile haben sich mehrere Standorte in Oberfranken um die Durchführung des Modellversuchs beworben. Die Bewerbungen werden derzeit geprüft, die Entscheidung für einen Standort sollte noch dieses Jahr fallen.

Die Mittel hätten keinesfalls ausgereicht, eine Forschungseinrichtung oder eine Fabrik in Oberfranken zu etablieren, insbesondere in Hinblick auf die begrenzte Projektlaufzeit.

24. Abgeordneter **Thomas Mütze**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, welche Fahrzeuge sind in Bayern mit welcher Antriebsart in welchen Landkreisen zugelassen?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Eine detaillierte Aufstellung der gewünschten Daten ist in der Kürze der Zeit leider nicht möglich gewesen. Kurzfristig konnten nur die Daten für den bayernweiten Fahrzeugbestand beim Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) ermittelt werden (Anlage 1*). Aus den Daten des KBA ergibt sich für das Jahr 2010 ein Bestand von Personenkraftwägen mit der Antriebsart:

- Benzin: 4.782.935,
- Diesel : 2.108.641,
- Flüssiggas: 47.390,
- Erdgas: 10.284,
- Elektro: 518,
- Hybrid: 5.943.

Aus der Statistik über die Neuzulassungen von Pkw in der Bundesrepublik (s. Anlage 2**) ist erkennbar, dass die Zahl der Neuzulassungen von Pkw mit Elektro- oder Hybridantrieb bereits in den Jahren 2009 und 2010 stark angestiegen ist. Dies dürfte so auch auf die Zahl der Neuzulassungen in Bayern übertragbar sein.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) wird das KBA bitten, die detaillierten Daten nach Zulassungsbezirken zu ermitteln. Sobald eine Antwort des KBA vorliegt, wird das StMWIVT diese zur Verfügung stellen.

*) von einem Abdruck wurde abgesehen. Die Anlage 1 ist als pdf-Dokument [hier einsehbar](#).

***) von einem Abdruck wurde abgesehen. Die Anlage 2 ist als pdf-Dokument [hier einsehbar](#).

25. Abgeordneter
Adi Sprinkart
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Neigetechnikzüge wären erforderlich, um das Allgäu auch von München aus mit diesem Wagenmaterial bedienen zu können, warum wurden diese Züge trotz des Versprechens der DB AG, dass die Neigetechnik bis 2011 auch nach München kommt, nicht beschafft, und warum liegen die Umsteigezeiten von München nach Kempten in Buchloe ab dem neuen Fahrplan zwischen 11 und 14 Minuten und sind damit deutlich länger als bisher?

Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Zu den Neigetechnikzügen:

Die exakte Zahl der benötigten Fahrzeuge kann nur bei einem vorgegebenen Fahrplan und Kapazitätsvorgaben ermittelt werden. Nach Schätzungen ist für die zweistündliche Linie München – Oberstdorf/Lindau von je drei Fahrzeugumläufen nach Oberstdorf und nach Lindau auszugehen. Dafür bräuchte man also sechs Fahrzeuge. Mit Verstärkerfahrzeugen für die Hauptverkehrszeit und einer Fahrzeugreserve könnte der Bedarf bis auf zehn Fahrzeuge steigen.

Die Leistungen von München ins Allgäu wurden ursprünglich für Neigetechnik ausgeschrieben. Kein Verkehrsunternehmen war in der Lage, die Leistung mit neuen Neigetechnikfahrzeugen zu erbringen. Deshalb wurde die Ausschreibung dann mit konventionellen Fahrzeugen durchgeführt. Die Relation München – Allgäu wird heute von NETINERA Deutschland GmbH mit dem Produkt „alex“ gefahren. Neigetechnik ist nicht generell von Vorteil. Das schnellere Fahren bedeutet nicht unbedingt bessere Anschlüsse, die aktive Neigetechnik wird von den Kunden oft als Komfortverschlechterung wahrgenommen und sie ist, insbesondere im Winter, störanfälliger. Hinzu kommt, dass Neigetechnik auch für den Besteller teurer ist als konventionelle Fahrzeuge. Überdies sind derzeit keine für den Nahverkehr geeigneten Neigetechnikfahrzeuge am Markt erhältlich.

Zum künftigen Fahrplan:

Aktuell gibt es entweder die Möglichkeit, in der ungeraden Stunde zur Minute 19 mit dem „alex“ von München direkt nach Kempten (– Lindau/Oberstdorf) zu fahren oder man nimmt in der geraden Stunde zur Minute 19 die Zugverbindung München – Buchloe, von der in Buchloe ein 5-Minuten-Anschluss auf die RE-Linie Augsburg – Kempten – Lindau/Oberstdorf besteht. Neu hinzukommt ab 2012 eine zusätzliche zweistündliche Direktverbindung München – Kempten, die die aktuelle Linie München – Buchloe (– Kaufbeuren) nach Kempten verlängert. Somit gibt es künftig drei Fahrmöglichkeiten in zwei Stunden nach Kempten, eine davon mit Umsteigen.

Die heutige RE-Linie ab Buchloe verkehrt aktuell schon mit der Baureihe 612 und wird ab Dezember bogenschnell mit aktiver Neigetechnik verkehren. Diese ist aktuell im Nullknoten Kempten verankert. Im neuen Fahrplan werden die Züge im Illertal um 30 Minuten verschoben, um größere Betriebsstabilität, gleiche Fahrzeiten in beide Richtungen und bessere Anschlüsse in Ulm zu erreichen. Deshalb müssen auch die Knoten in Memmingen und Kempten um 30 Minuten gedreht werden. Die RE-Linie Augsburg – Lindau/Oberstdorf und die RE-Linie München – Memmingen werden damit auch um 30 Minuten verschoben. Hinzukommt, dass die RE-Linie Augsburg – Lindau/Oberstdorf ab 2012 als Neigetechniklinie auch von Augsburg bis Kempten beschleunigt werden soll, damit sie erstens unter einer Stunde verkehrt, zweitens zur Minute 30 (aktuell Minute 45 ab und Minute 16 an in Augsburg) in Augsburg beginnt und endet (u.a. für Fernverkehrsanschlüsse in bzw. aus Richtung Norden) und auch der neue Taktknoten in Kempten erreicht wird. Dazu wurde die Linie beschleunigt, in dem man in Bobingen, Schwabmünchen, Biessenhofen und Günzach durchfährt. Zwischen Augsburg und Buchloe sowie zwischen Kaufbeuren und Kempten lassen sich dank der bogenschnellen Fahr-

ten im Neitech-Geschwindigkeitsprofil auch noch einige Minuten gewinnen. Dadurch kommt es neben der 30-minütigen Systemdrehung vieler Linien zu einer zusätzlichen Verschiebung der Ankunfts- und Abfahrtszeiten für die RE-Neitech-Linie Augsburg – Lindau/Oberstdorf in Buchloe um einige Minuten. Da der Korridor München – Buchloe wegen der S4 und den Begegnungen mit den Werdenfelser Zügen in Pasing zeitlich festgelegt ist, kommt es zwangsläufig alle zwei Stunden zu einer Vergrößerung der Umsteigezeiten in Buchloe. In der jeweils anderen Stunde verkehrt weiterhin der „alex“ als Direktverbindung.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

26. Abgeordneter
**Prof. (Univ. Li-
ma) Dr. Peter
Bauer**
(FREIE WÄH-
LER)
- Ich frage die Staatsregierung, woher kommen die 1,7 Mrd. Euro, von denen der Staatsminister für Umwelt und Gesundheit in der Regierungserklärung vom 20. Oktober 2011 spricht, dass bayerische Patienten zusätzlich 1,7 Mrd. Euro jährlich zur Versorgung anderer Länder abführen, aus der Regierungserklärung geht allerdings nicht hervor, wie sich dieser Betrag zusammensetzt, stammt das Geld aus dem Risikostrukturausgleich (RSA), dem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) oder aus dem Konvergenzausgleich?

Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Durch den Risikostrukturausgleich und Gesundheitsfonds fließen in Verbindung mit den unterschiedlichen Beitragsaufkommen und der unterschiedlichen Krankheitslast in den Ländern Mittel aus Bayern ab, allein im Jahr 2009 circa 1,7 Mrd. Euro. Diese Summe wurde aus Berechnungen des Bundesversicherungsamts ermittelt. Ein Mittelabfluss aus Bayern bestand aber auch schon vor Einführung des Gesundheitsfonds und der Änderung des Risikostrukturausgleichs. Ziel der Konvergenzklausel war es, zusätzliche Mittelabflüsse durch die Einführung des Gesundheitsfonds abzufedern. Die schon zuvor bestehende Benachteiligung der bayerischen Versicherten wurde von der Konvergenzklausel nicht erfasst.

27. Abgeordnete
**Sabine
Dittmar**
(SPD)
- Da über das Projekt „Grünes Klassenzimmer“ (Gemeinde Oberelsbach, Lkr. Rhön-Grabfeld), dessen Bau mit knapp 5 Mio. Euro aus Mitteln des Konjunkturpaketes II gefördert wurde und das kurz vor Abschluss der Baumaßnahme steht, in der lokalen Presse zu lesen war, dass es noch keinen Betreiber für die Einrichtung gäbe und Fragen des zukünftigen Bauunterhaltes noch nicht geklärt seien, frage ich die Staatsregierung, ob es somit richtig ist, dass Fördermittel für den Bau gewährt wurden, ohne dass ein schlüssiges Betriebskonzept vorlag, und warum – wenn doch ein solches Konzept vorlag – sich dann der Abschluss eines Betreibervertrages mit dem „Verein Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön e.V.“ (lt. Drs. 16/4709 zukünftiger Betreiber des „Grünen Klassenzimmers“) verzögert und ob künftig die Gemeinde Oberelsbach – so wie bislang z.B. die Gemeinde Wildflecken als Eigentümerin des „Hauses der Schwarzen Berge“ – als Eigentümerin des Gebäudes vollständig für den Bauunterhalt aufkommen muss?

Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Das Projekt „Grünes Klassenzimmer“ wird als kommunale Maßnahme aus Mitteln des Konjunkturpaketes II gefördert. Es basiert auf einem schlüssigen Betriebskonzept des „Vereins Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön e.V.“ und der Gemeinde Oberelsbach. Die aktuellen Verhandlungen zwischen dem genannten Verein, der Gemeinde Oberelsbach, der Regierung von Unterfranken und dem Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit dienen dazu, den Betrieb zu optimieren. Die diesbezüglichen Verträge stehen vor dem Abschluss. Da das „Grüne Klassenzimmer“ aufgrund der Größe und Art des Gebäudes sowie seiner Zielsetzung nicht mit anderen Umweltbildungseinrichtungen des Biosphärenreservats Rhön (bayerischer Teil) vergleichbar ist, ist vorgesehen, dass die Gemeinde Oberelsbach den Bauunterhalt nicht alleine trägt.

28. Abgeordnete **Christine Stahl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der gegenwärtige Stand eines in der Gemarkung Pappenheim geplanten Bauvorhabens, inwieweit ist bekannt, dass es sich bei dieser Fläche um ein Überschwemmungsgebiet handelt, und welche Änderungen werden, u.a. wegen der Überschwemmungsgefahr, an dem Bauvorhaben gegebenenfalls vorgenommen?

Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Das Überschwemmungsgebiet der Altmühl im Bereich der Gemarkung Pappenheim ist amtlich ermittelt. Es ist noch nicht per Verordnung festgesetzt, allerdings über den Regionalplan der Region 8 gemäß § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vorläufig gesichert.

Die angesprochene Fläche befindet sich innerhalb des vom Wasserwirtschaftsamt Ansbach ermittelten Überschwemmungsgebietes. Eine Bebauung innerhalb eines Überschwemmungsgebietes ist grundsätzlich nur unter strengen Auflagen möglich. Der Gesetzgeber hat hierzu hohe Hürden formuliert. Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfung durch das Wasserwirtschaftsamt sind die Aspekte Wasserstand, Hochwasserabfluss und Hochwasserrückhalteraum zu beachten. Diese Faktoren dürfen durch Einbauten oder Auffüllungen in Überschwemmungsgebiete nicht nachteilig verändert werden.

Am 4. Juli fand am Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen ein Gespräch zu diesem Bauvorhaben statt. Hierbei hat das Wasserwirtschaftsamt Ansbach der Stadt Pappenheim mitgeteilt, dass lediglich eine Teilinanspruchnahme der entsprechenden Flurnummer möglich sei. Die Stadt Pappenheim und der Vorhabensträger wurden gebeten, einen auf die Überschwemmungsgebietsproblematik abgestimmten Entwurf vorzulegen. Dann könnte durch das Wasserwirtschaftsamt eine genaue Abschätzung des Eingriffs und eine abschließende Stellungnahme erfolgen. Diese Vorlage ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

29. Abgeordneter **Florian Streibl** (FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen erstreckt sich die Allgemeinverfügung zur Ausnahme nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) zum Abschuss von Kormoranen am Ammersee im Europäischen Vogelschutzgebiet „Ammersee“ vom 22. Oktober 2010 nicht auf das Naturschutzgebiet „Vogelfreistätte Ammersee Südufer“, welche Informationen hat die Staatsregierung über ein Pilotprojekt, mit dem die Bezirksregierung die Kormoranbestände direkt an den Nistplätzen bekämpfen will, und könnte dieses auch auf die Ammersee-Population ausgedehnt werden?

Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

In der Allgemeinverfügung vom 22. Oktober 2010 wurden die Abschussmöglichkeiten innerhalb des Europäischen Vogelschutzgebietes „Ammerseegebiet“ entsprechend den Vorgaben des Landtagsbeschlusses vom 7. Mai 2009 (Drs. 16/1304) an die Zeiten der allgemeinen Wasservogeljagd unter Beachtung notwendiger Ruhezeiten für Wasservögel angepasst. Der Ammersee als international bedeutsames Ramsargebiet und europäisches Vogelschutzgebiet ist eines der wichtigsten Rast- und Durchzugsgebiete für Wasservögel in Bayern. Um die Verträglichkeit der Abschüsse mit den Erhaltungszielen des Europäischen Vogelschutzgebietes sicherzustellen, wurden die bedeutsamsten Rastvogel- und Überwinterungsgebiete von den Abschussmöglichkeiten ausgenommen, um anderen Wasservögeln ein Ausweichen in beruhigte Rückzugsbereiche zu ermöglichen. Dazu zählt auch das Naturschutzgebiet „Vogelfreistätte Ammersee Südufer“.

Seit Anfang 2011 setzt sich ein auf drei Jahre angelegtes bayernweites Pilotprojekt mit der Vermeidung bzw. Minderung von Kormoranschäden auseinander. Das Projekt wird jeweils zur Hälfte von den Staatsministerien für Umwelt und Gesundheit sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten getragen. Projektgebiete sind zwei Teichgebiete in Mittelfranken und der Oberpfalz sowie zwei Fließgewässer (Mindel und Schmutter). Es wird durch zwei Kormoranbeauftragte betreut. Dabei werden mit den Betroffenen vor Ort verschiedenste Vorbeuge- und Abwehrmaßnahmen auf Eignung und Effizienz geprüft. Die Erfahrungen aus dem Projekt sollen Informationen für Maßnahmen und Problemlösungen in vergleichbaren Gebieten liefern. Dies gilt auch für den Ammersee. Ein Pilotprojekt, mit dem die Bezirksregierung die Kormoranbestände direkt an den Nistplätzen bekämpfen will, existiert dagegen nicht.

Mit der Situation der Kormoranbrutkolonie im Naturschutzgebiet „Vogelfreistätte Ammersee Südufer“ hat sich jedoch bereits mehrfach ein interdisziplinäres Fachgremium beschäftigt. Dieses wurde im Auftrag des Umweltministeriums am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) mit Vertretern der Naturschutz-, Jagd- und Fischereibehörden besetzt und zur Behandlung von Fragestellungen im Zusammenhang mit der Kormoranproblematik eingerichtet. Das Gremium soll für Konflikte, die vor Ort nicht lösbar erscheinen, ausgewogene Lösungsvorschläge entwickeln. Aus Sicht des Fachgremiums empfiehlt sich derzeit kein unmittelbares Eingreifen in die Brutkolonie im Hinblick auf den ungenügenden Kenntnisstand zu störungsarmen Eingriffen in Brutkolonien. Zudem ist der Brutbestand in der Ammersee-Kolonie derzeit deutlich rückläufig.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Abgeordneter **Dr. Leopold Herz** (FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form hat es Entschädigungen im Zuge der EHEC-Krise für die bayerischen Gemüsebauern gegeben, welche Betriebe wurden hierbei berücksichtigt und welche Nachweise mussten von den Betrieben geführt werden?

Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Staatsregierung hat die vom EHEC geschädigten Gemüse- und Sprossenerzeuger mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt. Als direkte Entschädigung wurde an 136 Gemüseerzeuger insgesamt 1,9 Mio. Euro ausbezahlt. Für Sprossenerzeuger wurde ein mit 75.000 Euro Landesmitteln ausgestattetes Sonderprogramm aufgelegt. Zudem konnten betroffene Erzeuger in Bayern bei den Finanzämtern steuerliche Hilfen in Form von Stundungen und geringeren Vorauszahlungen sowie bei der Bürgschaftsbank Bayern Bürgschaften bis zu 80.000 Euro beantragen.

Form der EHEC-Entschädigung:

Die bayerischen Gemüseerzeuger haben auf Antrag aus Mitteln des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EGFL) eine monetäre Entschädigung als Einmalzahlung erhalten.

Die Entschädigungsbeträge für die Maßnahme Marktrücknahmen sind in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 585/2011 festgesetzt.

Die Beträge für die Maßnahmen Grünernte und Nichternte sind in § 5 der Verordnung zur Durchführung von EU-Sondermaßnahmen im Sektor Obst und Gemüse vom 22. Juni 2011 festgesetzt.

Antragsteller:

Entschädigung konnte beantragt werden von

- Erzeugerorganisationen gemäß Art. 122 Buchst. a Nr. iii der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 und
- Erzeugern, die nicht Mitglied dieser Erzeugerorganisationen sind.

Voraussetzung war, dass der Unternehmenssitz in Bayern lag, der Antragsteller Erzeuger und Eigentümer der Ware war.

Notwendige Nachweise zum Erhalt der EHEC-Entschädigung:

Folgende Nachweise waren für die Beantragung der EHEC-Beihilfe erforderlich:

- Anmeldung (Notifizierung) der Maßnahme vor Durchführung.
- Antrag auf Entschädigung.
- Dem Antrag waren grundsätzlich beizufügen
 - bei Marktrücknahmen ein Nachweis über die Verwendung der im Antrag genannten Erzeugnisse entsprechend dem im Antrag angegebenen Bestimmungszweck. Für den Fall, dass kein Nachweis vorgelegt werden konnte, wurde die Menge von der Verwaltung anhand von Richtwerten festgelegt.
 - bei Ernte vor der Reifung oder Nichternte ein Nachweis über die im Antrag angegebenen vor der Reifung geernteten oder nicht geernteten Flächen je Erzeugnis in Hektar.

31. Abgeordnete
**Ulrike
Müller**
(FREIE WÄH-
LER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Bayern (gegliedert nach Regierungsbezirken) erhielten in diesem Jahr bisher keine Gelder aus der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und für Verpflichtungen, die sie im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen eingegangen sind, weil die Vor-Ort-Kontrollen (sog. CC-Kontrollen) der entsprechenden Betriebe noch nicht abschließend von der Verwaltung bearbeitet wurden, wann sollen diese Betriebe die ihnen zustehenden Gelder erhalten und sind Personalumschichtungen zur Beschleunigung dieser Verfahren durch die Staatsregierung geplant?

Antwort des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Anzahl der bayerischen Betriebe, die in diesem Jahr bisher keine Gelder aus der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (AGZ) und für Verpflichtungen, die sie im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen (AUM) eingegangen sind, erhalten haben, weil die Vor-Ort-Kontrollen noch nicht abschließend bearbeitet worden sind, geht aus der nachfolgenden Tabelle hervor:

Regierungsbezirk	Anzahl der Betriebe
Oberbayern	76
Niederbayern	90
Oberpfalz	436
Oberfranken	116
Mittelfranken	281
Unterfranken	55
Schwaben	297
	1.351

Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass die bei der ersten Abrechnung wegen nicht abgeschlossener Vor-Ort-Kontrollen unberücksichtigten Betriebe am 7. Dezember 2011 die entsprechenden Zahlungen erhalten.

Der im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Anteil an bei der ersten Abrechnung wegen unvollständiger Vor-Ort-Kontrollen nicht ausbezahlten Betrieben ist im Wesentlichen auf drastisch verschärfte Kontrollvorgaben der EU-Kommission ab 2011 zurückzuführen. So sind jetzt bei den AUM 100 Prozent der Flächen vor Ort bezüglich der Einhaltung der Förderauflagen und AUM-Grundanforderungen (Cross Compliance-Baseline) zu prüfen. Bis 2010 war es zulässig, die Kontrolle auf eine Stichprobe von 50 Prozent zu begrenzen.

Hinzukamen, insbesondere in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Mittelfranken und Schwaben, Fälle kurzfristig erforderlichen Personalwechsels und krankheitsbedingte Ausfälle, die in der Kürze der Zeit nicht vollständig ausgeglichen werden konnten.

Personalumschichtungen sind derzeit nicht geplant, da dies zu Engpässen in den Bereichen führen würde, aus denen Personal wegverlagert wird, und somit eine frühzeitige Mittelauszahlung insgesamt gefährdet wäre. Dabei ist auch zu bedenken, dass es sich bei den betroffenen Betrieben um weniger als 2 Prozent aller Antragsteller bei AGZ bzw. AUM handelt.

Gleichwohl wird geprüft, ob durch andere Maßnahmen Verbesserungen möglich sind, um in den nächsten Jahren den Anteil der Betriebe, die wegen nicht abgeschlossener Vor-Ort-Kontrollen bei der ersten Abrechnung unberücksichtigt geblieben sind, zu verringern.

Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

32. Abgeordnete
Renate Ackermann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Angesichts der Aussagen von Ministerpräsident Horst Seehofer und Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen Christine Haderthauer, dass die Erstellung des Bayerischen Aktionsplans zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) unter aktiver Beteiligung der betroffenen Menschen und Verbände ein vorrangiges Ziel bayerischer Behindertenpolitik ist, frage ich die Staatsregierung, wann der Aktionsplan fertig sein soll und wie sichergestellt wird, dass die betroffenen Menschen mitwirken und mitentscheiden können?

Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Die Staatsregierung hat von Anfang größten Wert darauf gelegt, dass Menschen mit Behinderung an der Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) aktiv beteiligt werden. So hat das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) als das für die Behindertenpolitik federführende Ressort und „focal point“ im Sinne der UN-BRK entsprechende Gespräche mit den Verbänden der Menschen mit Behinderung im Landesbehindertenrat und der bayerischen Behindertenbeauftragten geführt; hieraus sind Anregungen hervorgegangen, die im Entwurf eines Aktionsplans Berücksichtigung gefunden haben. Des Weiteren sind in das Konzept auch Erkenntnisse aus einer Anhörung zur UN-BRK eingeflossen, die der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit des Landtags am 25. November 2010 u.a. mit Vertretern der Verbände behinderter Menschen durchgeführt hat.

Der Ministerrat hat als Ergebnis dieses Prozesses am 3. Mai 2011 den Entwurf eines bayerischen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK beschlossen und federführend das StMAS beauftragt, die maßgeblichen Verbände und Organisationen von Menschen mit Behinderung an der Weiterentwicklung des Entwurfs eines Aktionsplans zu einem bayerischen Aktionsplan zu beteiligen. In der Folge wurde das Konzept an rund 140 Verbände aus dem Bereich der Menschen mit Behinderung, der Kosten- und Einrichtungsträger, der Wirtschaft und an weitere Beteiligte versandt mit der Bitte, etwaigen Änderungs- und Ergänzungsbedarf mitzuteilen.

Die eingegangenen Stellungnahmen zu dem Entwurf eines Aktionsplans wurden auf einer gemeinsam vom StMAS und dem Bayerischen Landesbehindertenrat veranstalteten Fachtagung im Rahmen der ConSozial am 3. November 2011 in Nürnberg mit allen Beteiligten, insbesondere mit den Vertretern der Menschen mit Behinderung in Bayern, diskutiert. Derzeit werden die Stellungnahmen und die Ergebnisse der Fachtagung vom 3. November 2011 unter der Federführung des StMAS und unter Beteiligung der zuständigen Ressorts ausgewertet.

Ziel ist es, auf dieser Grundlage den Entwurf eines Aktionsplans möglichst noch im Jahr 2012 zu einem bayerischen Aktionsplan weiterzuentwickeln, der von einer breiten Bevölkerung getragen und umgesetzt werden kann.